



Antrag

der Abgeordneten **Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier, Jan Schiffers**
und **Fraktion (AfD)**

Asylflut stoppen – Grenzkontrollen einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich angesichts der anhaltenden Migrationsflut und der damit verbundenen Bedrohung für die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung des Freistaates sowie der gesamten Bundesrepublik Deutschland, in Übereinkunft mit Bund und Ländern, auf allen Ebenen dafür einzusetzen, Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu Österreich, der Schweiz, Tschechien und Polen für einen Zeitraum von vorerst 30 Tagen einzuführen. Die Maßnahme wird gemäß Art. 25 des Schengener Grenzkodex so lange verlängert, bis der Grenzschutz an den EU-Außengrenzen verstärkt worden ist und die deutschlandweite Anzahl der Asylanträge einen Wert von 50 000 pro Jahr nicht überschreitet.

Begründung:

Die Einführung von temporären Grenzkontrollen soll als Signal verstanden werden, dass Deutschland, allen voran jedoch Bayern, seine Grenzen und seine Souveränität schützt und seine Kapazitäten hinsichtlich der Asylzuwanderung längst erschöpft sind. Es soll klargestellt werden, dass eine einheitliche und effektive Kontrolle an den Außengrenzen gewährleistet sowie Sekundärmigration zwischen den EU-Staaten unterbunden werden muss, um als europäische Gemeinschaft weiter zu bestehen und im internationalen Vergleich auf Augenhöhe mit anderen Ländern agieren zu können.

Unkontrollierte Asylzuwanderung, wie wir sie in den letzten Monaten und Jahren erlebt haben, hat viele Kommunen im Freistaat über die zumutbare Grenze hinaus belastet. Infrastruktur, insbesondere die Unterbringung, aber auch die medizinische Versorgung einer alternden Gesellschaft und die mangelnde Integration, ist für viele Kommunen nicht mehr tragbar und wirkt sich negativ auf die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit Bayerns und darüber hinaus aus. Die Bevölkerung ächzt unter gesteigener Gewalt von Asylbewerbern und Ausländern, die noch immer als Einzelfälle deklariert werden, unter inflationären Preisen, u. a. durch eine missglückte Energiewende, einem fragilen Arbeitsmarkt und einem kränkelnden Gesundheitssystem, das aufgrund der rapide gestiegenen Anzahl an ausländischen Leistungsbeziehern, die nie in das System einbezahlt haben, zu kollabieren droht.

Zudem ist Sekundärmigration mit dem Ziel Bayern ein wichtiger Faktor, der unser Sozialsystem belastet sowie den Glauben an eine geordnete und gerechte Verteilung zwischen den EU-Staaten ins Wanken bringt. Vorübergehende Grenzkontrollen werden helfen, Migration zu kontrollieren und zu regulieren. Außerdem wird sichergestellt, dass die Einwanderung auf legale und sichere Weise erfolgt, wodurch der Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen überwacht und damit die Verteilung koordiniert werden kann.

Des Weiteren werden vorübergehende Grenzkontrollen dazu beitragen, illegale Aktivitäten wie Drogenhandel, Menschenhandel und Terrorismus einzudämmen. Sie stellen

ein vernünftiges Mittel zur Koordinierung und Feststellung der legalen Einreise sowie zum Erhalt der öffentlichen Ordnung dar. Dass temporäre Grenzkontrollen derzeit dringend geboten sind, zeigt sich nicht zuletzt an den jüngst von der Bundespolizei veröffentlichten Zahlen zur unerlaubten Einreise und zur Schleuserkriminalität. Konnten 2021 noch 2 132 Schleuser festgestellt werden, waren es 2022 bereits 2 728, eine Steigerung von fast 28 Prozent. Dieser Trend setzt sich auch im Jahr 2023 fort, so wurden bereits im Januar ca. 10 Prozent mehr Schleuser festgestellt als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Weit deutlicher fiel die Steigerung im Bereich der unerlaubt eingereisten Personen aus, hier wurden allein im Januar 2023 mehr unerlaubte Einreisen festgestellt als in den Vergleichsmonaten der beiden Vorjahre zusammen, in Zahlen 7 587. Insgesamt spricht die Bundespolizei bereits zu Beginn des Jahres 2023 von einer Steigerung von über 70 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Zunahme sowie die Gesamtzahl der illegalen Einreisen von über 57 000 im Jahr 2021 auf fast 92 000 im Jahr 2022 verdeutlichen, wie dringend Grenzkontrollen einzuführen sind, die den Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen beherrschbar machen, ihn koordinieren und dazu beitragen, illegale Einreisen zu verhindern.